

## Made in China

### Das chinesische Entwicklungsmodell – noch kein Exportschlager

#### EDITORIAL

Mit beeindruckenden Wachstumsraten hat sich China in den letzten Jahren als verlässlicher Motor der Weltwirtschaft profiliert.

Mag es den Westen auch gruseln vor dieser Mischung aus wirtschaftlichem Liberalismus und politischem Autoritarismus, der Erfolg macht China attraktiv. Besonders die Entwicklungs- und Schwellenländer verfolgen mit großem Interesse den chinesischen Aufstieg, scheint doch das chinesische Entwicklungsmodell die Chance zu bieten, der neoliberalen Globalisierungsdiktatur etwas entgegenzusetzen und sich von den internationalen Finanzinstitutionen und Entwicklungsorganisationen zu befreien, deren „Hilfe“ in den letzten Jahrzehnten selten genug zu entscheidenden Fortschritten bei der Bekämpfung der Armut geführt hat.

Damit drängt sich die Frage auf, ob die zweitgrößte Wirtschaftsmacht China auch politisch eine globale Führungsrolle beanspruchen wird, und wie sich das mit Demokratie, Menschenrechten oder auch Ökologie vertragen wird. Hans-Joachim Spanger und seine Co-Autorinnen haben die Chinesen selbst befragt, umfangreiche Originalquellen von chinesischen Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik gesichtet und sind auf ein „sanftes“ China gestoßen, das selbstkritisch, ohne jeden missionarischen Impetus, bescheiden auf bestehende Probleme im eigenen Land verweist und keinen Vorbildcharakter beansprucht. Das hebt sich wohltuend von der neoliberalen Großspurigigkeit und dem Alarmismus westlicher Experten ab, ein alternatives Konsum- und Gesellschaftsmodell zu westlichem Lebensstil ist es bisher nicht. *Karin Hammer*



*China boomt. Mit beeindruckenden Wachstumsraten lässt es die reichen Industrieländer erblassen. Droht nun ein neuer Krieg der Systeme? Bislang zeigte China wenig Ambitionen, auf der politischen Weltbühne eine Führungsrolle zu übernehmen und sein wirtschaftlich so erfolgreiches Entwicklungsmodell wird im eigenen Land nicht als Exportschlager gesehen.*

Foto: picture alliance/moodboard

Isabella Burmann/Nora Glasmeier  
Hans-Joachim Spanger

Im Jahre 2010 ist die Volksrepublik China zur zweitgrößten Wirtschaftsnation aufgestiegen. 14 Prozent beträgt heute ihr Anteil am Weltsozialprodukt, jener der USA nur mehr 20 Prozent; der Platz an der Spitze ist in Reichweite. Es war ein beispielloser Aufstieg, der 1979 mit ersten noch verhaltenen Reformen in der Landwirtschaft begann und in nur dreißig Jahren aus einer stagnierenden sozialistischen Subsistenzökonomie die dynamischste Werkbank der Welt machte. Nichts symbolisiert eindrucksvoller den Wandel als Shenzhen, im Mai 1980 mit 30 000 Einwohnern als erste Sonderwirtschaftszone eingerichtet, und heute ein Wirtschaftszentrum von 12 Millionen Menschen. Und wenig dokumentiert deutlicher die Po-

tenz der Exportnation als die 2,85 Billionen US-Dollar, auf die sich die Devisenreserven des Landes Ende 2010 beliefen, gefolgt von Japan mit 1,1 Billionen US-Dollar.

Dass mit dieser Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gewichte auch eine Veränderung der weltpolitischen Kräfteverhältnisse einhergeht, ist mittlerweile Tagesthema. Das hat seinen praktischen Niederschlag in der Gründung der G20 gefunden ebenso wie in Äußerungen aus der amerikanischen Politik, die USA und die Volksrepublik China bildeten eine G2 und damit die global wichtigste bilaterale Beziehung der Vereinigten Staaten. Und es folgt insoweit einem historisch vertrauten Muster, als Machtverschiebungen regelmäßig eine Neuordnung der internationalen Beziehungen auslösten.

Gemessen daran hat das politische und wirtschaftliche Entwicklungsmodell, dem

die Volksrepublik China ihren Erfolg verdankt, weit weniger Aufmerksamkeit erfahren. Das korrespondiert nun ganz und gar nicht mit den historischen Mustern, zumindest des 19. und 20. Jahrhunderts, als aufsteigende und andere Mächte regelmäßig den Anspruch artikulierten, die Welt nach ihrem ordnungspolitischen Bilde formen zu wollen. Der Kalte Krieg war zwar auch ein klassischer Machtkonflikt hochgerüsteter Blöcke, wäre jedoch, wie spätestens sein Ende dokumentiert, ohne den ideologischen Ost-West-Antagonismus nicht denkbar gewesen. Nun stellt sowohl mit seiner „sozialistischen“ Ideologie als auch mit seiner „autoritär-kapitalistischen“ Realität das chinesische Modell durch seine bloße Existenz eine Herausforderung für die seit dem Ende des Kalten Kriegs unangefochtene Suprematie des westlich-liberalen Universalismus dar, den Francis Fukuyama einst in die Formel vom „Ende der Geschichte“ gekleidet hatte.

Diesem Thema nimmt sich der HSFK-Standpunkt an und zeichnet in Grundzügen nach, wie in China das eigene Entwicklungsmodell wahrgenommen sowie dessen Wirkung als Vorbild für andere und seine mögliche Transferierbarkeit beurteilt wird. Damit ist zwar noch nichts über den empirischen Gehalt des besonderen chinesischen Wegs und darüber ausgesagt, ob sich dieser als distinktes „Modell“ begreifen lässt. Auch erlaubt dies keine Antwort darauf, ob und wie sich aktuell oder in Zukunft erneut eine „Systemfrage“ stellt. Doch bevor diese Fragen zu beantworten sind, bedarf es erst einmal einer Klärung, ob und welches Bewusstsein dessen in China selbst existiert.

Schon jetzt kann festgehalten werden, dass sich das Bild des chinesischen Diskurses sehr viel bunter darstellt, als unter „illiberalen“ Auspizien zu erwarten und aus den Zeiten des einst „real existierenden Sozialismus“ in der Sowjetunion vertraut ist. Das gilt neben der kontrovers verhandelten Frage, ob China überhaupt ein eigenes Entwicklungsmodell aufweist, vor allem auch für die nicht minder ausgeprägte Kontroverse über den Modellexport. Hier finden sich mehrere Varianten. So lehnen die einen jeglichen Gedanken an einen Modellexport prinzipiell ab. Andere erkennen zwar an, dass China über ein eigenes Modell verfüge, doch weder könne noch solle dies exportiert werden. Schließlich vertreten Anhänger

des chinesischen Entwicklungsmodells die These, dass dieses sehr wohl ein Vorbild für andere darstelle und China aktiv zu seiner Verbreitung beitragen solle.

### Die neue chinesische Herausforderung

Es lässt sich eine Reihe von grundsätzlichen Überlegungen anführen, warum das Konfliktmuster des Ost-West-Konflikts im Umgang mit der ebenfalls kommunistisch geführten Volksrepublik China bislang keine Neuaufgabe erfahren hat. So könnte man darin einen Beleg für den Auftakt des verschiedenlich diagnostizierten postideologischen Zeitalters wahrnehmen, in dem vor dem Hintergrund wachsender Komplexität ideologischer Reduktionismus prinzipiell an Bedeutung verliert. Allerdings ist die Ideologie ja nicht verschwunden; sie stellt sich im chinesischen Fall nur ausgesprochen widersprüchlich dar: Einerseits ist das chinesische Entwicklungsmodell als „Sozialismus chinesischer Prägung“ unverändert die Antithese zur kapitalistischen Ordnung, andererseits handelt es sich in China um eine Marktwirtschaft, die zwar seit 1992 offiziell das Etikett „sozialistisch“ trägt, aber in vielerlei Hinsicht mehr Gemeinsamkeiten mit dem „Washingtoner Konsens“ aufweist als mit ihren marxistischen Ursprüngen. Kontrovers ist darüber hinaus, ob sich der Erfolg Chinas Ersterem – der staatlichen Steuerung unter Führung der Kommunistischen Partei – oder Letzterem, der umfassenden Liberalisierung, von der Preisfreigabe ab 1987 bis zur verfassungsrechtlichen Verankerung des Privateigentums im Jahre 2004, verdankt. Damit wäre Chinas Sozialismus als spezifische Erscheinungsform im breiten Strom der Modernisierung zu begreifen, die früher oder später ihre Bestimmung im liberalen Universalismus findet.

Und schließlich wäre als Überlegung taktischer Natur anzufügen, dass die chinesische Führung sich zwar ihrer wachsenden *soft power* bewusst ist, diese aber unter der Maßgabe umfassender Harmonie nur sehr behutsam einzusetzen und zu propagieren pflegt. Diese Diagnose stützt sich häufig auf die berühmte *taoguang-yanghui*-Maxime Deng Xiaopings aus dem Jahre 1989, nach der sich eine ungestörte innere Entwicklung und äußere Zurückhaltung einander

bedingen. Kritisch interpretiert macht der ideologische Antagonismus daher lediglich eine Pause – bis die Bedingungen für eine neuerliche Offensive reif sind.

Wie immer man es wendet, auch wenn die Herausforderung von offizieller chinesischer Seite einstweilen nicht offen und offensiv vorgetragen wird, wahrgenommen wird sie beim potentiellen Adressaten im Westen durchaus – in jener höchst unterschiedlichen Form, die ideologische Entwürfe schon immer mobilisierten.

So finden sich nachgerade euphorische Bekundungen, die einen „Beijinger“ als Gegenpol zum „Washingtoner Konsens“ identifizieren und zur „Hoffnung für die Welt“ verklären, wie der Schöpfer des neuen „Konsenses“, Joshua Cooper Ramo, postuliert:

„Der Washingtoner Konsens war das Markenzeichen der *end-of-history*-Arroganz; er hinterließ quer über den Globus eine Spur verwüsteter Ökonomien und tiefer Ressentiments. Chinas neuer Entwicklungsansatz ist von dem Wunsch nach einem gerechten, friedlichen, qualitativ hochwertigen Wachstum angetrieben, kritisch betrachtet stellt er die traditionellen Ideen wie Privatisierung und Freihandel auf den Kopf. Er ist flexibel genug, um nicht als Doktrin begriffen zu werden. Er glaubt nicht an Patentlösungen für jede Herausforderung. Er wird von einem schonungslosen Willen zu Innovation und Experimentierlust getragen, von einer konsequenten Verteidigung der nationalen Grenzen und Interessen und von einer zunehmend elaborierten Akkumulation der Mittel zur asymmetrischen Machtprojektion.“<sup>1</sup>

Am anderen Ende des Spektrums finden sich dagegen ähnlich temperierte alarmistische Warnungen vor der „ordnungspolitischen Herausforderung“. So beklagte etwa die CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2007 in ihrer Asienstrategie, China habe als „undemokratischer, nicht-liberaler Staat“ in den vergangenen 25 Jahren „ein Entwicklungs- und Modernisierungsmodell geschaffen, das bisher außerordentlich erfolgreich“ sei und auf Kosten der „Anziehungskraft westlich-liberaler Ordnungsprinzipien“ in einigen Entwicklungsländern „eine zum Teil erhebliche Attraktion“ ausübe. Die Konsequenzen seien bereits unmittelbar spürbar:

„China stellt dem Westen damit in zunehmendem Maße die Systemfrage und sieht



Quelle: picture alliance / dieKLEINERT.de / Rudolf Schupple

sich als alternatives politisches Ordnungsmodell, das die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands und der EU außerhalb Europas herausfordert.<sup>42</sup>

Ganz ähnlich fällt die Diagnose von Robert Kagan aus, der in der Bush-Ära auf der ansteigenden Welle des amerikanischen Neokonservatismus Europa der Venus-Verweichlichung geziehen hatte. Für ihn demonstriert der Aufstieg Chinas im Verein mit Russland eine Wiederkehr der Geschichte, denn: „Autocracy is making a comeback“; der liberale Universalismus habe sich schon wenige Jahre nach Überwindung des Kalten Kriegs als Modernisierungssillusion erwiesen:

„Daraus folgt in jedem Fall, dass wir uns auf eine Welt einstellen müssen, in der mächtige Autokratien fortbestehen und vielleicht sogar prosperieren. Das erfordert eine signifikante Anpassung der Demokratie. Es reicht nicht länger, einfach nur auf den unvermeidlichen Triumph der Demokratie zu warten. Der alte Kampf, lange vor dem Kalten Krieg begonnen, ist zurückgekehrt.“<sup>3</sup>

Und selbst der Entdecker der amerikanischen Kultur-Hegemonie, Joseph Nye, fordert mit einer gewissen Beunruhigung,

in Asien für ein „Gleichgewicht der soft power“ Sorge zu tragen, auch wenn die offenkundigen politischen und sozialen Defizite den Beijinger Konsens zwar in autoritären Staaten, nicht aber im Westen attraktiv machen.<sup>4</sup>

Einigkeit besteht bei Anhängern wie Gegnern des chinesischen Modells sowie der damit einhergehenden „formidablen ideologischen Herausforderung“ für die liberale internationale Ordnung lediglich darin, dass sie anders als zu sowjetischen Zeiten nicht aggressiv vorgetragen werde. Das ändere jedoch nichts am Charakter der Herausforderung, denn:

„Der chinesische Illiberalismus stellt die reale langfristige geopolitische Herausforderung dar: Er ist leicht zu exportieren, und er übt eine gefährliche Attraktion auf die desillusionierte Entwicklungswelt aus.“<sup>5</sup>

Es fällt allerdings auf, dass viele dieser Rechnungen insoweit ohne den Wirt gemacht worden sind, als sie wenig Notiz davon nehmen, wie in China selbst – und zwar nicht allein von offizieller Seite oder für das ausländische Publikum – über das chinesische Modell gedacht und geschrieben wird. Euphorie wie Alarmismus speisen sich in erster Linie von Ableitungen,

## Der Washingtoner Konsens

Der Begriff „Washingtoner Konsens“ wurde 1990 von dem amerikanischen Ökonomen John Williamson geprägt. Er umfasst einen Maßnahmenkatalog für die Entwicklungs- und Schwellenländer, der ihnen zu Wirtschaftswachstum und makroökonomischer Stabilität verhelfen und damit letztendlich zur Senkung der weltweiten Armut führen sollte.

Im Laufe der Zeit mutierte er zu einem neoliberalen Entwicklungskonzept, das von energischer Sparpolitik über die Liberalisierung und Deregulierung bis hin zur Privatisierung alle Topoi angelsächsisch inspirierter Wirtschaftspolitik vereinte.

die sich, beeindruckt durch makroökonomische und andere Wachstumsdaten und in Kombination mit historischen Analogien, zu entsprechend aufgeladenen Szenarien verdichten. Elementare Voraussetzung einer jeden Herausforderung ist jedoch, dass diese offen artikuliert wird oder dass sich deren Urheber ihrer bewusst sind – zumal dann, wenn sie als virtuelle oder reale Kampfansage daherkommt. Dies verlangt, die chinesische Debatte wahr- und ernst zu nehmen.

Prägende Begriffe dieser Debatte sind sowohl der „Beijinger Konsens“ als auch die „soft power“. Zwar vermeidet der offizielle chinesische Sprachgebrauch den im Westen geprägten Begriff des „Beijinger Konsenses“, wobei die Konnotation – und Konfrontation – mit dem „Washingtoner Konsens“ eine wesentliche abschreckende Rolle spielen dürfte. In der chinesischen akademischen wie politischen Publizistik jedoch haben sich daran lebhaft Phantasien entzündet. Sie sind sowohl durch die Abgrenzung vom Westen inspiriert als auch von der eigenen Erfolgsgeschichte und transportieren in dieser Kombination „eine Unmenge an heterogenen und keineswegs in jedem Fall konsistenten Bedeutungen“.<sup>6</sup>

Im Unterschied dazu hat Chinas „soft power“ sehr wohl den Weg in offizielle Dokumente gefunden – so etwa in den Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs Hu Jintao an den 17. Parteitag der KP Chinas im Oktober 2007. Auch trifft der Begriff auf sehr viel mehr Zustimmung, denn er erlaubt zugleich, der Debatte im Westen über die wachsende ökonomische und militärische Bedrohung durch China zu begegnen als auch dessen nicht minder wachsende internationale Attraktivität zu beschwören und den Blick auf eigene Entwicklungsdefizite zu schärfen. Letzteres verweist insbesondere auf das Schicksal der Sowjetunion, die nach chinesischer Einschätzung den USA zwar mit ihrer „hard power“ Paroli bieten konnte, nicht jedoch mit ihrer „soft power“ und daran letztlich scheiterte.<sup>7</sup> Dass eine attraktive Kultur und Ideologie andere Länder zur Gefolgschaft veranlassen würden, hat bereits 1993 als erster chinesischer Autor Wang Huning, Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und ein führender Ideologe der Partei, betont und zugleich darauf aufmerksam gemacht, dass damit auf die viel

aufwändigere und weniger effiziente „hard power“ verzichtet werden könne. Strittig ist seither lediglich, ob China seine *soft power* primär defensiv zur Verbesserung seines internationalen Images einsetzen solle oder offensiv zur Steigerung seines internationalen Einflusses. Diese Differenz prägt auch die Debatte über das chinesische Entwicklungsmodell.

### Gibt es ein chinesisches Entwicklungsmodell?

Die Frage nach der Existenz eines eigenen Entwicklungsmodells ist in den letzten Jahren zu einem breit diskutierten Thema in China avanciert. Dabei hat es den Anschein, dass der Anstoß vom Westen ausging, denn bis zum Erscheinen des „Beijinger Konsens“ von Joshua Cooper Ramo im Jahre 2004 ist kaum eine Debatte zu verzeichnen. Sucht man etwa in der Datenbank „China Academic Journal“ für den Zeitraum 1979-2004 unter dem Stichwort „chinesisches Entwicklungsmodell“ (*Zhongguo fazhan moshi*), so finden sich 21 wissenschaftliche Artikel; neun von ihnen tragen den Begriff bereits im Titel. Im Zeitraum 2004-2010 sind es dagegen 185 bzw. 73 Texte. Sie bilden den Grundstock für die Auswertung der Texte, die dem HSFK-Standpunkt zugrundeliegen.

Grundsätzlich, so wird in der chinesischen Diskussion geltend gemacht, zeichnet sich ein eigenständiges Modell dadurch aus, dass über alle Veränderungen hinweg sein essentieller Kern erhalten bleibt. Dies trifft nach Auffassung von Zheng Yongnian auf China zu, das trotz der Öffnung seine kulturellen Eigenarten bewahrt und schon immer eine hohe Absorptionskraft bewiesen hat: früher bei der Aufnahme des indischen Buddhismus und heute beim Import westlicher Elemente. Auch der Mix aus staatlichen und nichtstaatlichen Sektoren, aus marktorientierten und staatlich kontrollierten Wirtschaftsbereichen, sei in der ganzen Geschichte Chinas existent gewesen. Andere, wie Xiao Gongqin, verweisen auf die Kombination eines starken Staats und einer schwachen Gesellschaft, auf die Kontrolle der Gesellschaft durch die Kommunistische Partei bei gleichzeitiger Umwandlung des Wirtschaftssystems zu einer Marktwirtschaft. Dies zeichne das „post-totalitäre au-

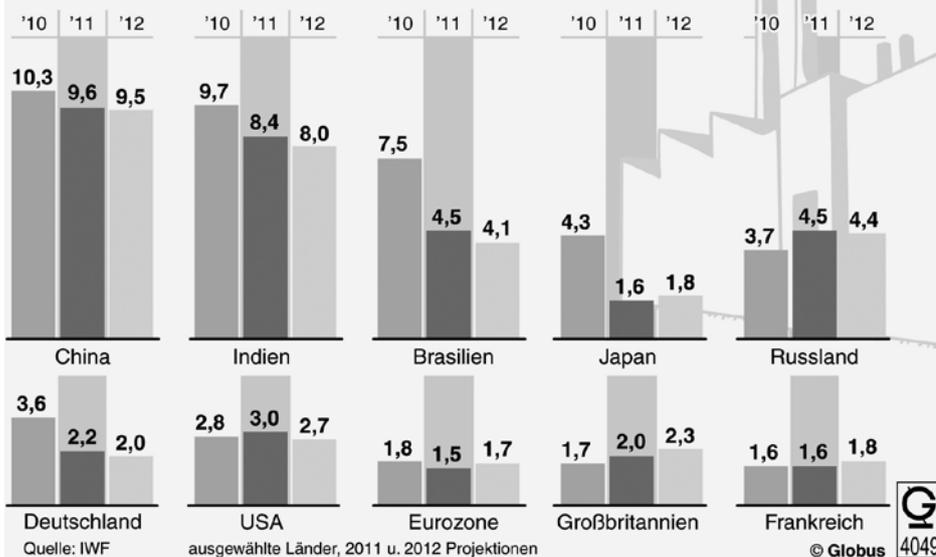
toritäre Entwicklungsmodell“ in China aus und sei schwer nachzuzahlen.

Damit sind bereits Elemente des Beijinger Konsenses angesprochen, den laut Ramo vor allem drei „Theoreme“ auszeichnen: Innovation, Nachhaltigkeit und Gleichheit sowie nationale Selbstbestimmung.<sup>8</sup> Er hat damit im Westen ein überwiegend kritisches und in China ein zwiespältiges Echo ausgelöst. So bezeichnete etwa Scott Kennedy den Konsens als „fehlgeleitete und unzutreffende Zusammenfassung der tatsächlichen chinesischen Reform Erfahrungen“ und wirft Ramo vor, nicht nur die Fakten falsch darzustellen, sondern auch die Übereinstimmungen und Differenzen mit anderen Ländern zu ignorieren. Nicht Innovation, sondern Reproduktion sei das Kennzeichen des chinesischen Wirtschaftswunders, nicht Gleichheit, sondern Ungleichheit: Auch wenn einige hundert Millionen Menschen von Armut befreit werden konnten, sei die Ungleichheit in jeglicher Hinsicht dramatisch gewachsen. Und auch das dritte Charakteristikum, die Selbstbestimmung, erweise sich insofern als „Mythos“, als China sehr genau die Erfahrungen anderer Entwicklungsländer studiert – und bei Bedarf kopiert – habe, also anderen Vorbildern gefolgt sei.<sup>9</sup>

Innerhalb Chinas werden die im Beijinger Konsens idealtypisch kondensierten Errungenschaften von einigen Kommentatoren ähnlich kritisch gesehen. Xie Lizhong etwa macht geltend, dass China zwar bei den Institutionen innovativ gewesen sei, nicht jedoch technologisch. Vielmehr hätten viele Unternehmen ihre Forschungsabteilungen aufgegeben, da es einfacher sei, Technologie aus dem Ausland zu beziehen. Auch habe Chinas Aufbruch von Anfang an unter dem Motto gestanden, erst einige reich werden zu lassen, um später Wohlstand für alle zu schaffen. Soziale Ungleichheit sei akzeptiert und gefördert worden. Das werfe jedoch für die Zukunft einige Probleme auf. So sei aufgrund der starken Polarisierung der Gesellschaft die inländische Kaufkraft niedrig und daher die Abhängigkeit von der Nachfrage aus dem Ausland hoch. Auch stehe das Wohlstandsziel und mit ihm die soziale Absicherung und Stärkung der Arbeitnehmer im Konflikt mit den wirtschaftlichen Erfordernissen: Um seine Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität für Auslandsinvestitionen zu bewahren, sei China auf den

# Internationale Konjunktur-Rundschau

Wirtschaftswachstum in %



Beim Wachstumstempo lassen die Schwellenländer die Industriestaaten weit hinter sich. Ein solches Tempo birgt allerdings einige Risiken, denn es droht eine Überhitzung der Konjunktur und der Inflationsdruck wächst. Deutlich langsamer, allerdings von einem höheren Niveau ausgehend, geht es in den Industrieländern voran. Deutschland schneidet darunter mit geschätzten 2,2 bzw. 2,0 Prozent für 2011 und 2012 noch mit am besten ab.

Foto: picture-alliance/ dpa-infografik

Vorteil billiger Arbeitskräfte angewiesen. Vor der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit müsse daher der technologische Fortschritt vorangetrieben und durch Innovation ein Vorsprung gewonnen werden, der den Verlust an billiger Arbeitskraft ausgleichen könne.

Dass der Beijinger Konsens in China indes auch ganz anders gelesen wird, demonstrieren Qiao Li und Sun Liang. Ersterer bekennt sich ganz im Stil von Ramo zum Beijinger Konsens und hebt ebenfalls drei konstitutive Merkmale hervor: (a) Innovation und Experimentierfreudigkeit (siehe Sonderwirtschaftszonen), (b) Selbstbestimmung und Wahrung nationaler Interessen (siehe Taiwan) und (c) Akkumulation von asymmetrischen Machtfaktoren (siehe Devisenreserven). Entscheidend ist für ihn, dass sich China im Gegenzug für finanzielle Hilfen nie politischen Forderungen gebeugt und somit stets seine Unabhängigkeit gewahrt hat. Auch habe China im Unterschied zu anderen Ländern niemals Modelle blind kopiert. Auch Sun Liang begreift den Beijinger Konsens vor allem als sozialistisches Entwicklungskonzept, das auf Anti-Hege-monie und Selbstständigkeit beruhe. Das chinesische Modell sei weder ein traditionell sozialistisches Modell nach dem Mu-

ster der UdSSR noch ein typisch kapitalistisches und konsumorientiertes wie das der USA oder ein gemischtes Modell à la Lateinamerika oder Indien. China unterscheide sich auch vom staatlich geschützten Modell Frankreichs und Deutschlands sowie von den exportorientierten Modellen der vier Tigerstaaten Singapur, Süd-Korea, Taiwan und Hongkong. Aber: China vereine Aspekte aller Modelle und habe sie mit seinen kulturellen Werten und Fähigkeiten angereichert. Dadurch sei eine neue Form entstanden. Ein anderer Autor, Cai Tuo, betrachtet das chinesische Modell gar als Ergebnis der gesamten zivilisatorischen Entwicklung, so dass es der ganzen Welt und nicht allein China gehöre.

Zwar gehört die Abgrenzung vom deutschen „Rheinland-Modell“ und von der russischen „Schocktherapie“ ebenfalls zur Konstitution des Beijinger Konsenses: Das Wohlfahrtsmodell mit Steuerung durch die Regierung sei zwar sozial gerecht, aber zu träge und zu sehr reguliert, die Schocktherapie nach Maßgabe von Weltbank und IWF mit dem negativen Ergebnis des wirtschaftlichen Ruins und einer Usurpation der Macht durch die Oligarchen belastet. Der entscheidende Gegenpol aber, so Qiao Li, ist der Washingtoner Konsens. Doch

## Der Beijinger Konsens

Dieser Begriff wurde von Joshua Cooper Ramo als positive Abgrenzung zum „Washingtoner Konsens“ geprägt und umfasst das chinesische Entwicklungsmodell. Ramo sieht in dem Modell Innovation, Nachhaltigkeit, Gleichheit und nationale Selbstbestimmung verwirklicht.

In der Praxis ist das chinesische Entwicklungsmodell eine Mischung aus wirtschaftlichem Liberalismus und politischem Autoritarismus. Ein Ein-Parteien-Staat beeinflusst maßgeblich die Wirtschaft, die Kapitalmärkte sind reguliert. Alle wichtigen wirtschaftspolitischen Instrumente liegen in der Hand des Staates, der die Entwicklungsrichtung vorgibt. So können, unabhängig vom Wählerwillen und von politischen Spannungen, langfristige Ziele verfolgt und umgesetzt werden.

auch hier finden sich erstaunlich differenzierte Urteile. So notiert Xie Lizhong, dass es bei genauer Betrachtung keine Widersprüche zwischen beiden gebe. Die wichtigsten Forderungen des Washingtoner Konsenses seien Stabilität, Liberalisierung und Privatisierung. Diese Ziele befänden sich seit Beginn der Reformen im Einklang mit dem chinesischen Wirtschaftskurs. Neben Marktorientierung und Öffnung nach außen sei etwa der Anteil staatlicher und kollektiver Unternehmen bis 2006 auf nur noch 13% gesunken. Gleichwohl gebe es Besonderheiten: Kontinuität in der politischen Führung und – so im Einklang mit Yu Ke-ping – Chinas Präferenz, im Gegensatz zum Washingtoner Konsens Reformen gradualistisch umzusetzen und nur im Ausnahmefall im Paket und so schnell wie möglich. Dies entspricht dem immer wieder Deng Xiaoping zugeschriebenen Diktum „Den Fluss langsam und sicher überqueren, indem die Füße die Steine ertasten“ (*Mozhe shitou guo he*). In der viel und kontrovers diskutierten Frage, ob China seinen Aufstieg der Liberalisierung nach dem Muster des Washingtoner Konsenses verdankt, oder der Steuerung durch einen autoritär agierenden Entwicklungsstaat, bemüht sich Xie folglich um eine rhetorische Synthese. Die politischen Rahmenbedingungen im Lande legen dies vermutlich nahe.

Allerdings räumen auch jene, die wie Qiao Li einen deutlichen Gegensatz zwischen dem Beijinger und dem Washingtoner Konsens diagnostizieren, selbstkritisch ein, dass bei allen Vorzügen das chinesische Modell noch beträchtliche Defizite aufweise: So seien die Produktivität und die Eigeninitiative noch zu gering, und auch die langfristigen strukturellen Probleme konnten noch nicht gelöst werden. Zhang Jianjing geht noch einen Schritt weiter und reklamiert, dass es im Lichte dessen zwischen der chinesischen Führung und dem Großteil der Bevölkerung allenfalls darüber einen Beijinger Konsens gebe, dass die Reformen noch unvollendet und nicht perfekt seien. Das begrenze seine Wirkung.

Damit stellt sich auch die Frage, welchen weiteren Entwicklungsweg das chinesische Modell vorzeichne. Auch hier gibt es sehr unterschiedliche Meinungen. So plädiert etwa Zhao Qizheng dafür, in China den Begriff „Modell“ durch den Begriff „Fall“ zu ersetzen, da Modelle Vorbildcharakter

beanspruchten. Ganz im Sinne von Francis Fukuyama gilt für ihn jedoch, dass Demokratie und freie Märkte das Ziel und Ende der gesellschaftlichen Entwicklung darstellen: Es gebe kein anderes System. Ähnlich grenzt sich auch Qin Xiao, bis 2010 Vorstandsvorsitzender der Handelsbank China, in einem Beitrag zur „Modernisierung“ von der „Demokratie chinesischer Prägung“ ab, die der 17. Parteitag der KPCh 2007 verkündet hatte. Zwar begrüßt er die Veränderungen in China, reklamiert jedoch, dass die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit noch nicht abgeschlossen sei. Auch müssten den wirtschaftlichen Reformen politische folgen, und es seien die staatlichen Interventionen zu reduzieren. Das chinesische Entwicklungsmodell beruhe zu sehr auf der Lenkung durch die Regierung. China müsse sich dem westlichen Modell annähern und wesentliche Elemente wie die Rechtsstaatlichkeit, das Sozialsystem, die politische Partizipation der Bevölkerung in sein System einbeziehen. Er hat, so in einem weiteren Beitrag zum chinesischen Modell, keinen Zweifel, dass universale Werte die Basis für eine moderne Gesellschaft und deren Institutionen darstellten, auch wenn ihre Implementierung unterschiedlich verlaufen und an die örtlichen Bedingungen angepasst sein müsse. Den universalen Werten zufolge „dient“ die Regierung dem Volk. Das chinesische Entwicklungsmodell predige jedoch etwas anderes, da es die Bevölkerung der Regierung unterwerfe und das Eigentum vom Staat kontrolliert werde. Auch heute noch greife die Regierung in das Privatleben der Bevölkerung ein. Daher sei das chinesische Modell nicht erstrebenswert.

Anders dagegen Liu Jianfei, der den chinesischen mit dem Weg vergleicht, den Südkorea und Taiwan eingeschlagen haben. Zwar konnten alle drei vom Kapitalismus Amerikas und der autokratischen Herrschaft der KPdSU lernen. Jedoch hätten sich diese beiden Staaten nach ihrer Industrialisierung dem westlichen Modell zugewandt. Das sei in China ausgeschlossen. Dessen Modell kombiniere die Marktwirtschaft mit dem alleinigen Führungsanspruch der Partei. Im Zentrum stehe der Aufbau der Wirtschaft, darum die Reform- und Öffnungspolitik. Doch werde unabhängig davon an den vier Grundprinzipien festgehalten.<sup>10</sup> Chinas Modernisierung sei daher eine Modernisierung des Sozialismus, was die

Richtung seiner Entwicklung fixiere. Das stelle indes kein Problem dar, da im Sinne von Samuel Huntington der wichtigste Unterschied zwischen den Staaten nicht in der Regierungsform, sondern deren Effizienz bestehe. Folglich sei der Unterschied zwischen stabilen und instabilen Ländern viel bedeutender als der zwischen Demokratien und Diktaturen.

### Modellexport – weder möglich noch erstrebenswert!

Dass China einen eigenständigen Entwicklungsweg beschreitet, ist kaum strittig; dass dieser zu einem beispielhaften Modell zu verdichten ist, schon eher; vollends kontrovers wird schließlich die Frage debattiert, was dieses Modell auszeichne. Daraus resultieren nicht minder unterschiedliche Urteile, ob es denkbar und/oder wünschbar sei, dieses Modell aktiv außerhalb Chinas zu propagieren. Doch unabhängig davon werden in der chinesischen Debatte auch grundsätzliche Vorbehalte gegen einen Modellexport geltend gemacht.

Dazu gehört der Einwand, dass es nicht dem chinesischen Stil entspreche, die Welt nach dem eigenen Bilde formen zu wollen. Während die USA aktiv versuchten, ihr Modell und ihre demokratischen Werte in die Welt zu exportieren, würde China dies niemals tun, so Yu Yingli. Das „China-Modell“ verbreite sich, wenn überhaupt, allein auf natürliche und passive Weise. Ähnlich warnt auch Lu Shuiming davor, das chinesische Modell als universell darzustellen oder gar anderen aufdrängen zu wollen. Vielmehr sei es Chinas Pflicht, alle interessierten Länder zu warnen und ihnen zu raten, sich entsprechend ihrer nationalen Konditionen ein eigenes Modell zu schaffen. Auch betont er, dass China sein Modell nicht als überlegene Alternative in Abgrenzung zu anderen anpreisen dürfe: Es sei nicht legitim, einen guten Ruf erlangen zu wollen, indem man den Ruf eines anderen zerstört.

Des Weiteren wird insbesondere von offizieller Seite die Befürchtung artikuliert, dass ideologische Offensiven lediglich die internationalen Abwehrreflexe gegen Chinas kompetentem Aufstieg verstärken. Chinas *soft power* solle daher defensiv bleiben und sich darauf konzentrieren, das Image des

Landes zu verbessern und Ängste abzubauen. Gerade wegen des rapiden Wachstums, so Cai Tuo, „muss das chinesische Modell in seinem Entwicklungsprozess ständig darauf achten, der Welt zu zeigen, dass China sich aufrichtig und vorbildlich für den Weltfrieden und Entwicklung engagiert“. Einige Autoren, wie etwa Zhou Qiaosheng und Luo Ping sowie Zheng Yongnian machen darauf aufmerksam, dass zu Zeiten Maos ideologisch-aggressive Fehler gemacht worden seien, mit dem Ergebnis, dass die meisten Länder Südostasiens China als Feind betrachtet und sich den USA angeschlossen hätten.

Schließlich verweist Qiao Li darauf, dass kein Modell allen Ländern den gleichen Nutzen bieten könne: So unterschiedlich die Länder seien, so unterschiedlich müssten die Entwicklungsmodelle ausfallen. Gerade das chinesische Entwicklungsmodell sei einzigartig und verbinde Elemente der Revolution wie der Reform- und Öffnungspolitik aus der eigenen Geschichte. Es sei anderen Entwicklungsländern unmöglich, dieses Modell als Vorbild zu nehmen, da sie eine andere Geschichte haben. Jede Übertragung könne, so Xiao Gongqin, nur zu einem „Abklatsch“ führen.

Solche Feststellungen sind nicht nur dazu angetan, in Reaktion auf offensive Allüren das eigene Ausgreifen zu begrenzen, sie schirmen auch – implizit – den eigenen Weg gegen universale Anforderungen ab. Das gilt jedoch keineswegs für alle Skeptiker des Modellexports. Vielmehr ist ein zentraler und vielfach variiertes Strang der Argumentation, dass ein Export schon deshalb ausscheide, da das chinesische Modell selbst zahlreiche Defizite aufweise und seine Nachhaltigkeit noch unter Beweis stellen müsse. So reklamiert Shi Yinhong im Einklang mit anderen, dass China erst einmal die eigene Bevölkerung inspirieren müsse, bevor es dies in der Welt tun könne und fragt, was China eigentlich jenseits des Wirtschaftswachstums anzubieten habe, solange fundamentale Freiheiten und Rechte nicht gesichert seien.<sup>11</sup> Ähnlich Zhang Jianjing, der beklagt, dass China aktuell nur aufgrund seiner enormen Größe, Bevölkerungszahl und Wachstumsgeschwindigkeit Einfluss ausübe. Ein großes angesehenes Land müsse jedoch auch mit seinem Modell die Welt positiv verändern. So habe England in der Vergangenheit für den Freihandel

und die Freiheit der Ozeane gestanden, Venedig Staatsanleihen und Frankreich unter Napoleon das Zivilrecht eingeführt. China versuche eine ähnlich innovative Rolle in seinem Umfeld zu spielen, indem es etwa den friedlichen Aufstieg und den Freihandel in Südostasien propagiere. Doch fehle es auch hier noch an Nachhaltigkeit. Mehr noch, so Liu Zhao, sei sich Beijing der Rückständigkeit seines Images und Modells im Vergleich zum Westen bewusst.

Primäre Zielgruppe einer Propagierung des chinesischen Modells sind die Entwicklungsländer, mit denen sich China einstweilen in derselben Kategorie wähnt. Eine direkte Herausforderung des Westens scheidet – anders als beim ehemals real existierenden Sozialismus – allein schon deshalb aus, da China nach Auffassung von He Jianhua erst am Anfang des Sozialismus stehe und das sozialistische System gegenwärtig noch keinen höheren Entwicklungsstand als das kapitalistische erreicht habe.

Die Gründe für Chinas Attraktivität im Kreis der Entwicklungsländer sind vielfältig und nur begrenzt mit seinem Entwicklungsmodell verknüpft. So macht Lu Shuiming auf Gemeinsamkeiten aufmerksam wie die Demütigungen durch westliche Invasionen, den starken Wunsch nach Souveränität, große Bevölkerungszahlen sowie die wissenschaftliche und technologische Unterlegenheit gegenüber dem Westen. Angesichts dessen wäre es verkehrt, das chinesische Modell als universell darzustellen oder gar anderen aufdrängen zu wollen. Nach Auffassung von Yu Yingli beeindruckten vor allem die erfolgreiche Armutsverringerung in China und seine Hilfe für andere Länder. Hier sei China authentisch und halte sich an die eigenen Erfahrungen und Werte. So konzentrierten sich seine Hilfsprojekte in Afrika vor allem auf die Infrastruktur und die Ausbildung von Fachpersonal, da diese Sektoren für Auslandsinvestitionen und den Wissenstransfer entscheidend seien. Der Westen habe beides vernachlässigt. Allerdings betont Yu Yingli, dass China sehr wohl die Unterschiede zwischen sich und den anderen Entwicklungsländern bewusst seien. Deshalb lege es großen Wert darauf, gleichberechtigt mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten und versuche nicht, anderen sein Modell „aufzudrücken“.

Allerdings werden auch Veränderungen registriert, die China in eine zusehends

## Soft Power

Dieser Begriff wurde 1990 von Joseph S. Nye geprägt. Danach stützt sich *soft power* vor allem auf Werte, Kultur und Institutionen – nicht die klassischen Attribute der Macht – und wirkt durch Anziehung und Überzeugung, nicht durch Zwang oder Bestechung.

heikle Lage bringen könnten. So seien zwar Chinas Beziehungen zu den Entwicklungsländern noch nie so gut gewesen wie heute, doch gingen damit auch wachsende Erwartungen einher. In Zukunft werde China, so Li Jian, auf internationaler Ebene daher nicht mehr allein seinen nationalen Interessen folgen können, sondern auch die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen müssen.

**Das chinesische Entwicklungsmodell – ein nachahmenswertes Vorbild?**

Zurückhaltung bei der Propagierung des chinesischen Modells wird vor allem von jenen angemahnt, die Zweifel an dessen Vorbildlichkeit hegen oder außenpolitische Konflikte vermeiden wollen. Nun können weder die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Chinas noch der damit verbundene internationale Machtzuwachs von der Hand gewiesen werden. Es war und ist daher nur eine Frage der Zeit, wann sich dies in ostentativ vorgetragendem Selbstbewusstsein, mithin einer Abkehr von Deng Xiaopings Doktrin des *low profile*, niederschlägt und wann sich internationale Gegenbewegungen regen. Letzteres hat mit wiederkehrenden Warnungen vor der „chinesischen Gefahr“ bereits Gestalt angenommen; Ersteres artikuliert sich bislang nur verhalten. So ist es nur eine Minderheit von Kommentatoren in China, die offen für einen aktiven Export des chinesischen Modells plädiert. Doch tun auch sie dies erstaunlich verhalten.

Ein typisches Beispiel ist Mei Xinyu, der darauf verweist, dass China sich in 60 Jahren – und nicht erst mit Dengs Reformpolitik – aus ärmlichen Umständen befreit und seitdem viel erreicht habe. Allein diese Tatsache demonstriere den Wert des Entwicklungsmodells und dass es sinnvoll wäre, wenn andere davon lernen. Auch könne das Modell dazu beitragen, globale Probleme zu lösen. China müsse sich nicht ausbreiten, aber es solle sich auch nicht schlechter darstellen als es ist.

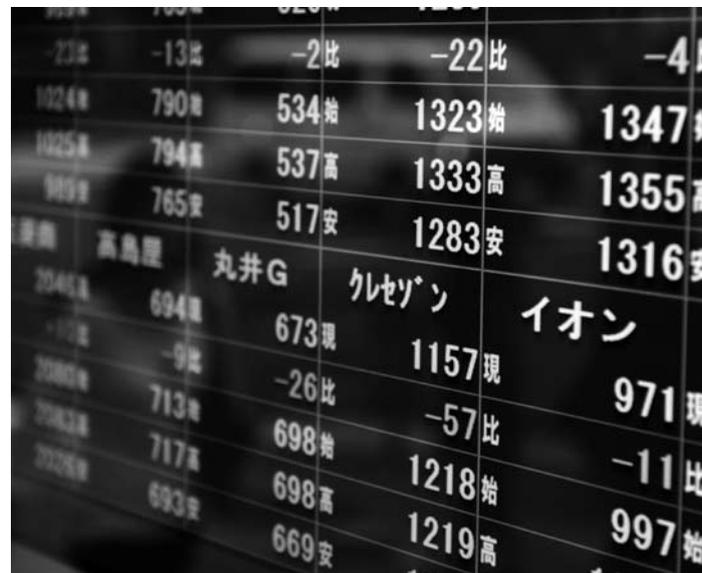
Andere betonen, dass nur mit einem eigenen Wertesystem sowie einem eigenständigen Entwicklungsmodell ein Status als Großmacht beansprucht und gesichert werden könne. Wenn eine Macht keine „moralischen oder kulturellen Ideale uni-

versaler Relevanz“ anzubieten habe, so Luo Jianbo im Jahr 2006, sei es unwahrscheinlich, dass ihr Großmachtstatus von anderen Staaten anerkannt werde, „und selbst ihre eigene Entwicklung kann kaum durchgehalten werden“. In diesem Sinne gilt Men Honghua das chinesische Entwicklungsmodell als eine der wichtigsten Komponenten der chinesischen *soft power*. Ähnlich wie in der Geschichte andere „innovativ waren und verführerisch wirkten“ – das alte China, das Modell Englands während der Kolonialzeit, der „Moskauer Konsens“ der UdSSR und das Demokratie-Modell der USA – sowie maßgeblichen Einfluss auf ihre Umgebung ausgeübt und ihre Macht vergrößert hätten, wirke heute auch China wieder als Vorbild: Ohne völlige Verwestlichung und ohne sich Diktaten von anderen zu unterwerfen, habe China in der Globalisierung die Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft vorangetrieben. Jedoch wüssten Chinas politische Entscheidungsträger um die Grenzen: Sie würden das chinesische Modell als eine „Marke“ ansehen, die gerade erst auf den Markt gekommen sei und noch perfektioniert werden müsse.

Für Yan Xuetong folgt aus der Attraktivität des eigenen Modells für andere, dass China auf natürliche Weise zu einem „Land mit königlichen Rechten“ (*wangquan guojia*) werde und damit dank seines hohen moralischen Niveaus über einer „Hegemonialmacht“ (*baquan guojia*) stehe.<sup>12</sup> Würde China danach streben, wie die USA eine Hegemonialmacht zu werden, entstünde entweder ein neuer Kalter Krieg oder China würde lediglich an die Stelle der USA

treten. Aus beidem resultiere keine Verbesserung der bestehenden Weltordnung. Das gelinge nur, wenn China durch sein neues rationaleres und moralischeres Modell ein leuchtendes Vorbild gebe und so eine gerechtere Ordnung fördere. In diesem Sinne verkörpert China dezidiert ein Gegenmodell, nach Hao Yongtao sogar das Entscheidende, denn die europäischen Werte oder der sogenannte post-Washingtoner Konsens seien zu schwach, um mit dem Washingtoner Konsens zu konkurrieren. Dem Beijinger Konsens jedoch sei dies möglich. Er garantiere, dass die Entwicklungsländer nicht mehr allein auf die Hilfe der westlichen Industrieländer angewiesen seien, und verkörpere für sie das passende Vorbild.

Auch wenn das chinesische Modell nicht perfekt sei, könne es doch einen großen Beitrag bei der Armutsbekämpfung und generell in Entwicklungsfragen leisten – ein Feld, das insbesondere die USA vernachlässigt hätten, so Luo Jianbo in der Zeitschrift „Neues Denken“. Stattdessen widmeten sie sich der Demokratieförderung, was zu mehr Instabilität und wachsenden terroristischen Aktivitäten geführt habe. Das zielt zumindest implizit auf China selbst, doch macht er deutlich, dass eine aktive Vorbildrolle auch in anderer Hinsicht positive Wirkungen für China habe. So begrüßten viele Länder Chinas Engagement, wodurch sein Mitspracherecht auf der Weltbühne und seine *soft power* gestiegen seien. Da zudem, wie Hu Jian betont, Chinas Entwicklung stark von seinem Umfeld beeinflusst werde und seine Probleme oftmals globale Probleme seien,



Die chinesische Wirtschaft wächst und wächst. Aus der Weltwirtschaftskrise ist China gestärkt hervorgegangen. Allerdings ist China selbst abhängig von seinen exzessiven Exporten in die USA. Das riesige Handelsungleichgewicht zwischen den beiden größten Volkswirtschaften zählt schon lange zu den ungelösten Problemen der Weltwirtschaft.

Foto: picture alliance / Photoshot

habe das Land ein ausgeprägtes Interesse an einer ganzheitlichen stabilen Entwicklung. Es reflektiere daher seine ureigenen Interessen, dass die Öffnung, eine friedliche Entwicklung und internationale Kooperationen in das chinesische Modell integriert seien. Auch gelte es zu bedenken, dass China als größtes Entwicklungsland schnell zu einem globalen Problem werde, sollte seine Entwicklung fehlschlagen.

Wirkung konnte China allerdings erst in jüngerer Zeit erzielen, als es die einseitige Konzentration auf den wirtschaftlichen Fortschritt aufgab. In diesem Sinne verknüpft auch Yan Xuetong die Reform- und Öffnungspolitik mit dem chinesischen Modell – so dass sich die Modellprojektion keineswegs allein auf dessen antikapitalistischen Gehalt beschränkt. Ein Land, so Yan, das kein anderes Ziel als bloßen Reichtum kenne, bringe anderen Ländern nichts Gutes. Daher habe China erst in den letzten Jahren mehr Respekt gewonnen – nachdem es sein wirtschaftliches Entwicklungsmodell um eine soziale Komponente erweitert hatte. Dazu gehörte, wie Men Honghua betont, auch die Verbesserung des Modells durch das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ bzw. der „harmonischen Welt“. Sie stelle insofern eine Antwort auf die Demokratieförderung des Westens dar, als dieses Konzept alternativ für mehr Demokratie innerhalb des internationalen Systems, mehr Gerechtigkeit zwischen großen und kleinen Staaten und eine gerechtere Verteilung der Ressourcen stehe. Diese von China propagierten Werte sollten sich mit den westlichen zu einem neuen universellen Wertesystem vereinen.

Ein weiteres Instrument der *soft power* stellt die Entwicklungshilfe dar. Sie stärke die Ethik von Ländern und trage zum internationalen „politischen Kapital“ bei. Unter dem Leitsatz: „Das tun, was in unserer Macht steht“, sei China, so Pang Zhongying, zum größten Geber unter den Entwicklungsländern avanciert und trage damit „auf selbstlose Art zur globalen Entwicklung und Menschlichkeit“ bei. Das zeige sich besonders in Afrika. Wichtig allerdings ist – hier findet der Modellexport seine allenthalben geteilte und in das chinesische Modell integrierte Souveränitätsschranke –, dass China seine Hilfen nicht an politische Bedingungen knüpfe. Darum zollten die afrikanischen Länder China mehr Respekt als

Amerika oder Europa. Auch dieser Respekt habe nach Yan Xuetong zur Steigerung seines internationalen Ansehens geführt – ein klares Zeichen, wie nützlich *soft power* und ein eigenes vorzeigbares Modell seien.

Allerdings wird in China freimütig auch über die Kehrseite des chinesischen Afrika-Engagements diskutiert. Das gilt nicht allein für die in China aufmerksam registrierte Kritik aus dem Westen, auf die die obigen Ausführungen gemünzt sind. Es gilt auch für die Kritik aus den Empfängerländern. Unter den afrikanischen Eliten sei Chinas Engagement unumstritten: China stelle keine Forderungen, sondern offeriere großzügig Kredite. Zudem lege China Wert auf ein Modell, in dessen Mittelpunkt eine starke Regierung und wirtschaftliches Wachstum stehen, was ihm die Zustimmung vieler afrikanischer „Führer“ eintrage. Anders bei der Bevölkerung, wo China nach Darstellung von Lin Xiumin als Supermacht wie Amerika gelte – mit dem negativen Unterschied, dass unzählige Chinesen in die armen Länder kämen und den einfachen Bürgern die Existenzgrundlage nehmen würden. Hinzu treten wachsende ordnungspolitische Differenzen. So werde China nach Luo Jianbo und Zhang Xiaomin von der „immer aktiveren afrikanischen Zivilgesellschaft“ dafür kritisiert, Demokratie, Menschenrechte und *good governance* „zu ignorieren“ sowie enge Beziehungen mit Staaten wie Sudan und Simbabwe zu unterhalten. Dem sollte China nicht nur mit einer „umfassenden und kohärenten *grand strategy* zur Stärkung seiner *soft power* in Afrika“ begegnen, sondern auch mit der Botschaft, dass „Demokratie, Freiheit und Gleichheit der ganzen menschlichen Gesellschaft“ – und damit auch China – „die Richtung vorgeben“.

### Diskurs statt Ideologie: Konsequenzen

„Die großartige Erwartung, dass die Welt in eine Ära der Konvergenz eingetreten sei, hat sich als falsch erwiesen. Wir sind in ein Zeitalter der Divergenz eingetreten.“<sup>13</sup> Diese prägnante Diagnose Robert Kagans steht zwar unter dem Eindruck von Chinas kommunistisch gelenktem Aufstieg, nicht aber unter dem der außerordentlich vielfältigen Meinungsäußerungen dort: Divergenz ist das Kennzeichen des chine-

## Lob der Bescheidenheit

*Ein edler Mensch schämt sich, wenn seine Worte ständig großartiger sind als seine Taten.*

Konfuzius

## Die chinesischen Quellen

*Cai Tuo*, Die Erforschung des „chinesischen Modells“, in: Die heutige Welt und der Sozialismus, Nr. 5, 2005. S. 12-14. Er ist Leiter des Forschungszentrums für Globalisierung an der Universität für Politikwissenschaft und Recht in Beijing.

*Chen Yugang*, Chinas soft power im Kontext der Globalisierung, in: Der Internationale Beobachter, Februar 2007.

*Hao Yongtao*, Vom Washingtoner Konsens zum Beijinger Konsens, in: Kooperative Ökonomie & Wissenschaft, Nr. 2, 2008. S. 36.

*He Jianhua*, Eine philosophische Untersuchung von Chinas Entwicklungsweg, in: Volkszeitung der KPCh, <http://theory.people.com.cn/GB/13345589.html> (29.11.2010).

*Hu Jian*, Das chinesische Modell in der Debatte: Inhalt, Charakteristika und Signifikanz, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Nr. 6, 2010. S. 3-11. Er ist Mitarbeiter am Euroasiatischen Institut der Schanghai Akademie für Sozialwissenschaften.

*Li Jian*, China muss die Identität von Entwicklungsländern berücksichtigen, in: Xinhuanet, [http://news.xinhuanet.com/world/2009-10/13/content\\_12221149.htm](http://news.xinhuanet.com/world/2009-10/13/content_12221149.htm) (13.10.2010).

*Lin Xiumin*, Li berichtet: China in Afrika – Soft Power, Hartes Ergebnis, in: Ce, [http://intl.ce.cn/zgysj/200911/18/t20091118\\_20444054.shtml](http://intl.ce.cn/zgysj/200911/18/t20091118_20444054.shtml) (18.11.2009).

*Liu Jianfei*, Nach den Ursprüngen des chinesischen Entwicklungsmodells suchen, in: Die heutige Welt und der Sozialismus, Nr. 6, 2009. S. 87-91. Er ist am Institut für Internationale Strategische Studien der Zentralen Parteischule des Zentralkomitees der KPCh beschäftigt.

*Liu Zhao*, Joseph Nyes „Soft Power“. Von der Theorie bis zu Chinas Inspiration des „Friedlichen Aufstiegs“, in: Reality Only, Nr. 3, 2008. S. 47-50. Sie ist an der Parteischule der KPCh der Provinz Jiangsu tätig.

*Luo Jianbo*, Soft Power und Chinas Diplomatie, in: Neues Denken, Nr. 5, 2008. S. 41-54. Er ist Hochschullehrer am Institut für Internationale Strategische Studien der Zentralen Parteischule der KPCh.

*Luo Jianbo*, Die externe Kulturstrategie in Chinas Aufstieg, in: Zeitschrift der Parteischule der KPCh Tianjin, Nr. 3, 2006, S. 97-100.

*Luo Jianbo/Zhang Xiaomin*, China's African Policy and its Soft Power, in: AntePodium. Online Journal of World Affairs, in: [www.victoria.ac.nz/atp](http://www.victoria.ac.nz/atp). Luo ist Professor am Institut für Internationale Strategische Studien der Zentralen Parteihochschule der KPCh, Zhang Professor an der Schule für Internationale Studien und Diplomatie der Universität für Foreign Studies in Beijing.

*Lu Shuiming*, 30 Jahre Reform- und Öffnungspolitik und der Anstieg chinesischer soft power, in: Zeitschrift des Instituts für Politik der Volksbefreiungsarmee in Nanjing, Jg. 24, Nr. 141, 2008, S. 17-20. Er ist dort Professor.

*Mei Xinyu*, Chinas Entwicklungsmodell ist wert studiert und exportiert zu werden, in: DBW, <http://internal.dbw.cn/system/2010/11/15/052827089.shtml> (15.11.2010). Er ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Beijinger Universität für Post und Kommunikation.

*Men Honghua*, Beurteilungsbericht über die chinesische soft power- Teil 2, in: Der Internationale Beobachter, Nr.3, 2007. S. 37-46. Er ist Professor am Institut für Internationale Strategische Studien der Zentralen Parteischule des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas.

*Pang Zhongying*, Drei Prinzipien chinesischer Entwicklungshilfe, in: Dahe, <http://opinion.dahe.cn/2010/09-01/100451743.html> (1.9.2010). Er ist Direktor des Instituts für Globale Studien an der Universität Nankai.

*Qiao Li*, Der Washingtoner Konsens und die verschiedenen Entwicklungsmodelle in der heutigen Welt, in: Makroökonomisches Management, Nr. 2, 2010. S. 73f. Er ist im Außenministerium tätig und dort für Angelegenheiten der äußeren Sicherheit verantwortlich, worunter u.a. die Kontrolle von NGOs in China fällt.

sischen Diskurses, aufgelöst haben sich der Propagandanebel und die lähmende intellektuelle Homogenität, die in der Vergangenheit sozialistische Länder auszuzeichnen pflegten. Dass China seinen phänomenalen Erfolg einer singulären Kombination aus liberaler Veränderung und etatistischer Beständigkeit, aus „Hyper-Staat und Hyper-Markt“,<sup>14</sup> verdankt, findet seinen getreulichen Niederschlag auch in der Breite der öffentlichen Debatte.

Das stellt nicht minder eine Herausforderung für den Westen dar. Gerade auch in seiner pluralistischen Variante ist der westlichen ideologischen Hegemonie durch den „Sozialismus chinesischer Prägung“ ein starker Wettbewerber erwachsen: Das westliche Selbstverständnis und mehr noch scheinbar unauflösbare Selbstgewissheiten sind durch die chinesische Erfolgsgeschichte ganz unmittelbar be- und getroffen. Was begründet nach 30 Jahren ungebrochen stellaren Wachstums in China eigentlich die „Überzeugung“ auch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass „eine nachhaltige Stabilität tatsächlich nur in einem auf Partizipation ausgerichteten System, das Menschenrechte schützt, möglich“ ist und daher „Zweifel“ angebracht seien, „ob das chinesische Modell auch langfristig eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen kann“?<sup>15</sup> Das Scheitern des realen Sozialismus ist hier kein zureichender Wegweiser; auch bleiben die westlichen Antworten merkwürdig steril.

Nun plädiert kaum jemand im Westen dafür, China in seine ideologischen Grenzen zu verweisen, sondern für kooperative Ansätze und eine stärkere Einbindung in die globalen Strukturen. Die berühmte Formel von Weltbankpräsident Robert Zoellick, China zu einem „responsible stakeholder“ zu machen, bringt dies auf den Punkt. In der Entspannungsphase des Kalten Kriegs nannte man solche Angebote „antagonistische Kooperation“, um dem Modus Vivendi in der Unversöhnlichkeit der Systemkonkurrenz eine konstruktive Richtung zu verleihen. Dabei zeigen Breite und Offenheit des chinesischen Diskurses über das eigene Modell und dessen globale Marktgängigkeit: Diese Unversöhnlichkeit findet sich heute eher im Westen als in China.

Doch so wie in China beide Elemente – kapitalistischer Liberalismus und sozialis-

## Die chinesischen Quellen (Fortsetzung)

*Qian Chengdan*, Institutionenbildung zur Unterstützung der soft power, in: Wöchentlicher Ausblick, Nr. 11, 12. März 2007.

*Qin Xiao*, Qin Xiaos Frage zur Modernisierung: Wachstum für wen?, in: Yicai, [www.yicai.com/news/2010/11/599612.html](http://www.yicai.com/news/2010/11/599612.html) (15.11.2010).

*Qin Xiao*, Das „chinesische Modell“ ist nicht erstrebenswert, in: Ifeng, <http://finance.ifeng.com/news/20101115/2886756.shtml> (15.11.2010).

*Shi Yinhong*, Chinas soft power und sein friedlicher Aufstieg. Er ist Direktor des Zentrums für Amerikastudien an der Renmin-Universität in Beijing.

*Sun Liang*, Chinas Entwicklungsmodell und der Aufbau chinesischer soft power, in: Umfassender Wettbewerb, Nr. 2, 2010. S. 92-96. Er ist am Institut für Philosophie und Sozialwissenschaften der Beijing Normal Universität tätig und Herausgeber der Reihe „Erforschung der Sinisierung des Marxismus“.

*Wang Huning*, Kultur als nationale soft power: soft power, in: Zeitschrift der Universität Fudan, März 1993, zit. in: Glaser/Murphy, Soft Power with Chinese Characteristics. The Ongoing Debate, in: Chinese Soft Power and its implications for the United States. Competition and Cooperation in the Developing World, Washington (CSIS), März 2009, S. 12.

*Xiao Gongqin*, Das „chinesische Modell“ – konfrontiert mit fünf Hauptproblemen, in: Hexun, <http://opinion.hexun.com/2010-11-10/125552895.html> (10.11.2010). Er ist Professor am Historischen Institut der Shanghai Normal Universität.

*Xie Lizhong*, Der Beijinger Konsens: ein historisches Resümee der chinesischen Erfahrungen oder die zukünftige Strategie der chinesischen Entwicklung, in: Jianghai Akademische Zeitschrift, Nr. 1, 2010. S. 123ff. Er ist Dekan des Fachbereichs Soziologie der Universität Beijing.

*Yan Xuetong*, Xunzis internationales politisches Denken und Offenbarungen, in: Die Wissenschaft der Internationalen Politik, Nr. 1, 2007. S. 115-144. Er ist Direktor des Instituts für Internationale Studien an der Tsinghua Universität.

*Yu Keping*, Professor an der Universität Beijing und Direktor des Chinesischen Zentrums für Vergleichende Politik- und Wirtschaftsforschung, ist der Autor des viel beachteten Artikels „Demokratie ist eine gute Sache“ (deutsch in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte Nr. 4, 2008) und Herausgeber des Bandes „Das chinesische Modell und der Beijinger Konsens – jenseits des Washingtoner Konsenses“, Sozialwissenschaftlicher Verlag, 2006.

*Yu Yingli*, Überdenken des „China-Modells“: Konzept und Einfluss, in: Zeitgenössische Internationale Beziehungen, Nr. 6, 2010, S. 25-32. Sie ist Mitarbeiterin am Schanghai Institut für Internationale Studien (SIIS).

*Zhang Jianjing*, Der „Beijinger Konsens“ und die Steigerung der chinesischen soft power, in: Die heutige Welt und der Sozialismus, Nr. 5, 2004. S. 10-14.

*Zhao Qizheng*, Das „chinesische Modell“ ist der „chinesische Fall“, in: Ifeng, <http://finance.ifeng.com/news/special/chinaway/20101116/2893237.shtml> (16.11.2010).

*Zheng Yongnian*, Die Ergründung des chinesischen Modells sollte politischer Natur sein, in: Volkstribüne, Nr. 24, 2010. S. 52f. Er ist Professor und Direktor am Ostasieninstitut der Nationaluniversität in Singapur.

*Zhou Qiaosheng, Luo Ping*, Der „Beijinger Konsens“- Chinas soft power, in: Zeitschrift des Shayang Lehrer College, Nr. 5, 2007. S. 9-11. Sie sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Institute für Politikwissenschaft bzw. Rechtswissenschaft der Huazhong Normal Universität in Wuhan.

## Anmerkungen

- 1 Joshua Cooper Ramo, The Beijing Consensus: Notes on the New Physics of Chinese Power, London (The Foreign Policy Centre), 2004, S. 4, 60.
- 2 Asien als Strategische Herausforderung und Chance für Deutschland und Europa. Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Beschluss vom 23. Oktober 2007, S. 7f; abrufbar unter [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de).
- 3 Robert Kagan, The End of History, in: The New Republic, 23. April, 2008, [www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=20030](http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=20030).
- 4 Joseph S. Nye, The Rise of China's Soft Power, in: The Wall Street Journal Asia, 29. Dezember 2005
- 5 Naazneen Barma, Ely Ratner, Chinas Illiberal Challenge. The real threat posed by China isn't economic or military—it's ideological, in: [www.democracyjournal.org/pdf/2/DAJOI2\\_56-68\\_BarmaRatner.pdf](http://www.democracyjournal.org/pdf/2/DAJOI2_56-68_BarmaRatner.pdf), S. 61.
- 6 Barry Naughton, China's Distinctive System: can it be a model for others? In: Journal of Contemporary China, Jg. 19, Nr. 65, Juni 2010, S. 437-460 (438).
- 7 Vgl. Bonnie S. Glaser/Melissa E. Murphy, Soft Power with Chinese Characteristics. The Ongoing Debate, in: Chinese Soft Power and its implications for the United States. Competition and Cooperation in the Developing World, Washington (CSIS), März 2009, S. 11.
- 8 Ramo, a.a.O., S. 11f.
- 9 Scott Kennedy, The Myth of the Beijing Consensus, in: Journal of Contemporary China, Jg. 19, Nr. 65, Juni 2010, S. 461-477 (461, 469f).
- 10 Diese wurden 1979 von Deng Xiaoping proklamiert und umfassen: den sozialistischen Weg, die Diktatur des Proletariats, den Führungsanspruch der Partei, sowie den Marxismus-Leninismus mit den Mao Zedong-Gedanken.
- 11 Vgl. hierzu auch die Beiträge von Chen Yugang und Qian Chengdan.
- 12 Dies ganz im traditionellen konfuzianischen Sinne, wonach der König seine Herrschaft auf moralische, nicht physische Macht gründe, so dass der „königliche Weg“ (*wang dao*) über den des Hegemons (*ba dao*) triumphiere.
- 13 Kagan, a.a.O.
- 14 Martin Jacques, How China Will Change the Way We Think: The Case of the State, Washington D.C. (Transatlantic Academy Paper Series), Februar 2011, S. 5.
- 15 Asien als Strategische Herausforderung..., a.a.O., S. 15.
- 16 Jacques, a.a.O., S. 6.

tischer Etatismus – eine alles andere als antagonistische Koexistenz eingegangen sind, so sollte auch ein produktiver Ost-West-Dialog in beide Richtungen möglich sein – einer, der ergebnisoffen und nicht durch die klassisch paternalistische *end-of-history*-Arroganz des Westens deformiert ist. Dazu gibt es angesichts der mehr als bescheidenen Erfolge auf den verschiedenartigen westlich inspirierten Entwicklungswegen im Globalen Süden ebenso wenig Grund wie im Angesicht der Verwüstungen, die durch die ideologisch aufgeladene Entfesselung verantwortungsloser Finanzjongleure unlängst angerichtet wurden. Aber auch die chinesische Reformbilanz ist – das zeigen die kritischen Stimmen im eigenen Land – keineswegs über jeden Zweifel erhaben. Das gilt sowohl für die sozialen als auch für die politischen Kosten, die der Sozialkontrakt Wachstum im Tausch gegen Freiheit Chinas Bürgern abverlangt. Es gilt aber auch für die Frage, ob das chinesische Modell reproduzierbar ist und welche Lehren andere aus den chinesischen Erfahrungen ziehen können.

Welches Modell oder welcher der durchweg strittigen „Konsense“ sich durchsetzen wird, entscheidet sich im entwicklungspolitischen Wettbewerb. Diesen entscheidet nicht allein und nicht einmal in erster Linie die Entschlossenheit, mit der das eigene Modell propagiert wird. Doch gibt es auch Felder, wo China und der Westen exklusiv aufeinandertreffen, und dies tunlichst nicht als wechselseitig abgeschirmte Entitäten, sondern in einer offenen Diskurskultur. Ein prominentes Beispiel ist der deutsch-

chinesische Rechtsstaatsdialog. Um die Einbahnstraße der etablierten Gesprächsformate in die Gegenrichtung zu öffnen, wäre dieser durch einen chinesisch-deutschen Staatstheoriedialog zu ergänzen. Der chinesische Staat ist nicht nur der älteste, sondern nach Auffassung von China-Experten in der Vergangenheit wie auch heute der kompetenteste Staat der Welt.<sup>16</sup> Das eindimensionale westliche Prisma verengt hier nicht nur die Wahrnehmung; es verbaut auch die Chancen, daraus produktive Lehren für das allenthalben geteilte Postulat der *good governance* zu ziehen. Umgekehrt können rechtsstaatliche Traditionen der Freiheits- und Eigentumsgarantie vermitteln, dass individuelle Entfaltung zwar dem Staat Zügel anlegt, zugleich aber Motor gesellschaftlicher Dynamik und der Modernisierung sein kann.

Ob schließlich das „Ende der Geschichte“ den Liberalismus oder den Etatismus bestä-

tigt, kann getrost offenbleiben. Entscheidend ist auch hier der Weg und nicht das Ziel oder – in konfuzianischer Tradition – die Vielfalt der Manifestationen des einen Prinzips.



*Dr. Hans-Joachim Spanger ist Programm- bereichsleiter an der HSFK. Seine For- schungsschwerpunkte umfassen u.a. Demo- kratisierung, Demokra- tieförderung und sicher- heitspolitische Fragen.*

*Isabella Burmann ist Magistra der Sinologie und Nora Glasmeier absolvierte an der Universität Würzburg den Studiengang „Modernes China“.*

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung  
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main  
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

#### HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 45 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie zu „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Information, Beratung und Vermittlung“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“, der Arbeitsbereich Friedenspädagogik sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck  
ISSN 0945-9332